

Ulrike Rodust:

Norddeutsche Projekte für Europa

5. Nordforum Europa in Hamburg

Die SPD will die norddeutsche Zusammenarbeit verbessern und europäische Verkehrsprojekte voranbringen. Auf einem Ostseeforum sollen sozialdemokratische Politiker künftig mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und anderen Institutionen über gemeinsame Projekte beraten. Das haben SPD-Europapolitiker auf dem Nordforum Europa in Hamburg beschlossen. Zum Abschluss ihrer zweitägigen Konferenz stellten die Parlamentarier aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg, Berlin und Hamburg außerdem Forderungen zur Verkehrspolitik vor. So solle noch in diesem Jahr eine Entscheidung über eine feste Fehmarn-Belt-Querung fallen. Das Magnetschwebbahn-Projekt Eurorapid soll vorangetrieben werden, um ein nordosteuropäisches Hochgeschwindigkeitsnetz von Amsterdam über Hamburg bis nach Skandinavien und in die baltischen Länder zu schaffen.

Erklärung des 5. Nordforums Europa

Die zum 5. Nordforum Europa zusammengekommenen sozialdemokratischen Europapolitikerinnen und -politiker in den norddeutschen Landesparlamenten setzen sich in ihren Landesparlamenten dafür ein, konkrete europäische Projekte für Norddeutschland und Europa voranzubringen:

Norddeutsche Zusammenarbeit

Durch die EU-Osterweiterung gewinnt die Kooperation im Ostseeraum eine neue Dimension. Norddeutschland ist aber als Region noch nicht im ausreichenden Maße Impulsgeber für die Ostseeregion. Norddeutschland muss politisch kraftvoller werden, wenn es die Entwicklungspotenziale des Ostseeraums nutzen will. Ein norddeutsches Ostseeforum sozialdemokratischer Regierungsvertreter, Parlamentarier, Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kammern, weiterer Institutionen und aus allen Ostseeanrainerstaaten muss den Dialog über Wirtschaft, Forschung, Verkehr und Sozialpolitik führen und konkrete Projekte anstoßen.

Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder in Europaangelegenheiten verstetigt und institutionalisiert werden.

Die Beratungs- und Informationsangebote in den norddeutschen Ländern sind stärker zu koordinieren und zu vernetzen, so dass aus erfolgreichen Projekten gewonnenes Know-how optimal genutzt werden kann.

Fehmarn-Belt-Querung

Seit Jahren ist die feste Fehmarn-Belt-Querung ein zentrales Projekt für den Ostseeraum. Die EU-Kommission hat sich dieses Anliegen nun zu Eigen gemacht und die Aufnahme in das Programm „Transeuropäische Netze“ vorgeschlagen. Das Europäische Parlament hat dem

zugestimmt. Der Rat muss noch grünes Licht geben. Wir fordern eine Entscheidung über das 4,3-Mrd.-Euro-Projekt noch in diesem Jahr.

Eurorapid

Das Nordforum hält eine Unterstützung der niederländischen Initiative eines Eurorapid Amsterdam–Groningen durch eine Weiterführung über Oldenburg und Bremen nach Hamburg als Ausgangspunkt für Hochgeschwindigkeitsnetz in den skandinavischen und baltischen Raum für sinnvoll.

Wir fordern, dass zusammen mit der Industrie, Finanzinstituten und Verkehrswissenschaftlern umgehend eine Machbarkeitsstudie erstellt und auf einem norddeutschen Kongress „Eurorapid – NordOstEuropa wächst zusammen“ vorgestellt wird.

Maritime Wirtschaft

Um den Standort und die Wettbewerbsbedingungen der deutschen Seehäfen zu steigern, ist der Ausbau der land- und seeseitigen Zufahrten der Seehäfen mit Bundesmitteln und der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen in der Nordrange (Rotterdam/Antwerpen) unverzichtbar. An der zukünftig notwendigen finanziellen Unterstützung der deutschen Schiffbauindustrie sind neben dem Bund alle Bundesländer in angemessener Weise zu beteiligen.

Kaliningrad

Die EU-Erweiterung darf nicht zu einer Ausgrenzung der russischen Gebiete im Ostseeraum führen. Nordwestrussland muss politisch und gesellschaftlich mit der Entwicklung im Ostseeraum Schritt halten. Die norddeutschen Länder sollten dies fördern, indem sie ihre Kontakte und ihre Zusammenarbeit mit Kaliningrad verstärken. Sie können auf Erfahrungen in der Ostsee-Kooperation und in der Zusammenarbeit mit russischen Gebieten und Städten zurückgreifen. Wechselseitiger Dialog und intensiver Austausch (z.B. Schüler- und Jugendaustausch, Fortbildung für Führungsnachwuchs in Staat und Wirtschaft) müssen gefördert werden. Wir halten die Einrichtung einer konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad für sinnvoll und notwendig.